23.2.76

ZUR DEBATTE ÜBER UNSERE POLITIK IN DER LOHNRUNDE DER METALLARBEITER

Im folgenden werden einige Unterlagen zu unserer Politik im Zusammenhang mit der Metallarbeiterlohnrunde vorgelegt, die zusammen mit dem Artikel im Februar-"Klassenkampf" der Debatte in den Kollektiven zugrundegelegt werden sollen.
Es handelt sich um eine Diskussionsgrundlage von W.L. zu unserer Politik und Taktik während der Lohnrunde und um eine Stellungnahme von C.R./G.F. (Redaktion), um eine neue, auf dem R 40 aufbauende Richtlinie von A.R. zu unserem Auftreten im wirtschaftlichen und gewerkschaftlichen Kampf.

In allen Einheiten soll die Sache gründlich diskutiert werden. In die Berichte der Einheiten soll unbedingt auch eine Darstellung des Auftretens der Kollektive während der Lohnrunde im Lichte der Diskussionsergebnisse aufgenommen werden. Sowie Überlegungen und Angaben im Sinne der Richtlinien von A.R. Außerdem sollte jede wichtige Stellungnahme zum Thema schriftlich niedergelegt werden, damit sie in die Debatte in der ganzen Organisation eingehen kann. Zum Abschluß gebracht wird diese Debatte auf der 2.o.DK durch die Verabschiedung eines diesbezüglichen Abschnittes im neuen Rechenschaftsbericht.

Ich kann im folgenden Beitrag nicht auf die Stellungnahme von C.R./G.F. im einzelnen eingehen, sondern sie nur im Zug der Darstellung unserer Politik am Rande "mitnehmen". Am Ende meines Beitrags sind die wichtigsten Kritikpunkte noch einmal vermerkt. Dort wird auch gesagt, inwiefern ich den Ausgangspunkt und Standpunkt dieser Kritik für falsch halte. Von diesem Standpunkt aus erscheinen natürlich unsere tatsächlichen Fehler, die auch in meiner Diskussionsgrundlage behandelt werden, oft in einem ganz anderem Licht, gegenüber dem "prinzipienfesten" Festhalten am "Aufstellen selbständiger Forderungen" erscheint unsere Politik als prinzipienloses, opportunistisches Hin- und Herschwanken (Beginn des Abschnitts 2. bei C.R./G.F.) und Richtiges erscheint als Fehler.

Auf viele von C.R./G.F. aufgeworfene Fragen gibt meine Stellungnahme indirekt eine Antwort, indem sie das Richtige und Falsche in unserer Politik in ein - meiner Meinung nach - richtiges Licht rückt.

Darüber hinaus nur einige Bemerkungen: Vollkommen falsch wird unsere taktische Position in der letzten Phase der Lohnrunde dargestellt. Wir haben nie und nirgends eine Resolution vorgeschlagen, in der sinngemäß stünde: "Wir sind gegen den Lohnraub, deshalb (!) die vollen 7,5% und nicht darunter!" Eher träfe unsere Position: "Wir sind gegen den Lohnraub und für die Verteidigung des Reallohns. Das ist während dieser Lohnrunde aufgrund der Politik der ÖGB-Führung nicht wirklich möglich. Trotzdem gilt es, dem Angriff der Kapitalisten, denen sogar 7,5% noch zuviel sind, entgegenzutreten. Daher ist jetzt Schluß mit dem Rückzug der Gewerkschaft. 7,5% und keinen Groschen weniger!" Das war die von der Leitung ins Auge gefaßte Taktik, laut R 49.

So eine Taktik kann keinesfalls eine Haltung unter den Arbeitern begünstigen: "Zurückhalten bei den Löhnen von mir aus, wenn's notwendig ist, aber nicht zuviel!"
Deshalb haben wir ja ab Mitte November gesagt, die Arbeiter hätten keine positive Forderung mehr in dieser Lohnrunde zu erkämpfen.

Die zitierte Stellle aus dem alten RB (S.86) verallgemeinert einige Erfahrungen aus betrieblichen Lohnauseinandersetzungen, besonders bei Waagner-Birò. Es steht dort, wie die Sache möglichst verlaufen soll. Es steht aber nicht dort, daß wir - wenn sie nicht so verläuft - nichts mehr tun können, außer auf "richtigen Forderungen" abseits der realen Vorgänge zu "beharren". So haben wir es auch damals bei Waagner-Birò nicht gehalten. Diese Stelle aus dem RB wird daher von C.R./G.F. zu Unrecht zur Stützung ihrer Position herangezogen und behandelt übrigens nicht die "grundlegenden Aufgaben der Kommunisten", sondern bloß taktische Fragen, und ist keinesfalls so zu verabsolutieren.

Von "Niederlage der Arbeiterschaft" kann man weiters nicht reden. Zwar hat es Ansätze zum Kampf gegeben, aber keinen Kampf. Ohne Kampf kann es aber keine Niederlage geben. Wenn man einen Kampf nicht zustande bringt, hat man deshalb keine Niederlage erlitten. die Arbeiter empfinden ja auch die Sache zu Recht nicht als Niederlage, die sie erlitten hätten. Wenn man den Verlauf der Lohnrunde unter dem Gesichtspunkt "Untersuchung der Ursachen der Niederlage" analysieren will, kann einen das zu einem f+alschen Herangehen veranlassen.

Insgesamt habe ich den Eindruck, daß in dem Beitrag von C.R./G.F. die Aufgaben der Kommunisten v.a. als Propagandaaufgaben betrachtet werden und so, als ob sich die Kommunisten außerhalb den realen Gang der Dinge und die praktische Kampftätigkeit der Arbeiter stellen könnten. Das kommt u.a. dort zum Ausdruck, wo es heißt, daß die Arbeiter die Gründe für die Niederlage+bei +v.a. sich selbst suchen müßten. Natürlich: Wäre die Arbeiterklasse in Österreich anders als sie ist und nicht mehr unter dem Einfluß des Reformismus und Revisionismus, dann sähe alles ganz anders aus, auch die Gewerkschaft und die Lohnrunden. Aber der Weg zum revolutionären Klassenbewußtsein wird gebahnt durch die Auseinandersetzung mit den Reformisten und Revisionisten anhand der praktischen Fragen des Klassenkampfes, d.h. konkret durch das Auftreten gegen die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung, den Grund, warum die Kapitalisten ihre Lohnraubpolitik durchsetzen konnten.
Ich sage das auch deshalb, weil so eine falsche Sichtweise auch in einem internen Tiroler Papier entwickelt wird, wenn auch verständlicherweise im entsprechenden Zeitungsartikel nicht ebenso konsequent durchgehalten ist.

W.L.

UNSERE POLITIK WÄHREND DER LOHNRUNDE DER METALL- UND BERGARBEITER

Analysiert man den Verlauf der Lohnrunde der Metall- und Bergarbeiter, dann muß man vier Phasen unterscheiden:

1. Die Vorbereitungszeit bis Mitte November, als die Gewerkschaftsführung ihre Forderungen aufstellte;
2. Die Zeit von Mitte November bis 16.12.75, als sich die Verhandlungen verfahren hatten und der Verhandlungsstand bekannt wurde: 7,5%, aber mindestens 550.- gegen 6% (bzw.5,5%).
3. Die Zeit vom 16.12.75 bis 7.1.76, als mit den Protestaktionen bei Puch/Graz eine ganze Reihe solcher Schritte der Arbeiter und der Gewerkschaft begann;
4. Die Zeit vom 7.1.76 bis zum Abschluß am 16.1.76.

Im Lauf dieser Entwicklung war es mehrmals notwendig, die Taktik zu ändern, um in wechselnden Situationen stets der Aufgabe, die Einheit und Selbständigkeit der Arbeiter zu erhöhen, gerecht zu werden. Sowohl für unsere taktische Flexibilität als auch für das Festhalten an dieser Aufgabe wurde die Metallarbeiterlohnrunde zum Prüfstein.

Für ein richtiges Auftreten gerüstet waren wir insbesondere durch die von der 1.o.DK festgelegte Gewerkschaftslinie sowie durch die seit dem Frühjahr bewußt vorhandene Einsicht in die objektiv und subjektiv steigende Bedeutung der Gewerkschaft und der gewerkschaftlichen Lohnrunden für die Arbeiterklasse. Außerdem hatten wir bereits seit Juli, als wir den Arbeitern unsere "Vorschläge für die KV-Runden" machten, versucht, die Lohnrunde vorzubereiten. Schlecht ausgewirkt hat sich dagegen die damals noch fehlende Untersuchung der Streiks im letzten Jahr und überhaupt die mangelhafte Einschätzung der Klassenkampfsituation, sowie unsere geringen Erfahrungen, waren wir doch erstmals praktisch damit konfrontiert, daß eine Lohnrunde bei den Metallarbeitern nicht "reibungslos" über die Bühne ging.

Zusammenfassend kann man sagen, daß wir versucht haben, sowohl dem Gang der Dinge taktisch Rechnung zu tragen, als auch Standfestigkeit zu bewahren, aber daß das keineswegs immer in klarem Bewußtsein und auf der Grundlage einer soliden und umsichtigen Lagebeurteilung geschah. Deshalb ist unser Auftreten oft einseitig und beschränkt geworden, sind wichtige Gedanken in der Agitation und Propaganda, wie sie im R 40 festgelegt waren, verlorengegangen und haben wir die Veränderungen der Taktik eher "schleifend" als Anpassung im Nachhinein und oft nicht konsequent vollzogen.
Ein Überblick über die zentralen Agitationsmaterialien zeigt klar, daß wir unseren Aufgaben nur sehr schlecht gerecht werden konnten.
Die Fehler in der Leitung haben eine klare Anleitung der Organisation nicht ermöglicht und die Fehler in der Massenarbeit unserer Organisation,(einschließlich der zentralen Agit-Prop) multipliziert. Gezeigt hat sich, daß Genossen manchmal bei dem kleinsten ungewohnten Lüftchen gleich den Boden unter den Füßen verlieren, ins Schwanken kommen und zu rechtem oder "linkem"

Spontaneismus neigen. Auch von einem Standpunkt "linker Prinzipienfestigkeit" ist Kritik an der eingeschlagenen Taktik geübt worden, eine Kritik, die stark subjektivistisch gefärbt war und den Gedanken der Notwendigkeit einer entsprechenden Taktik in jeder Situation überhaupt vermissen ließ.
Auch Fückfaälle hinter die 1.o.DK. in der Gewerkschaftslinie hat es bei einigen Genossen gegeben.

Aus unserer Organisation stehen mir außer den Flugblättern der Grundeinheiten nur eine schriftliche Stellungnahme der Historikerzelle der MLS (Anfang Jänner) und eine Stellungnahme von C.R. und G.F. (Redaktion) (Anfang Februar) zur Verfügung. Das mir vorliegende Material der anderen KBs und KGs ist äußerst lückenhaft. Ich kenne nur die Flugblätter aus Klagenfurt und Graz, sowie den Zeitungsartikel und eine interne Stellungnahme aus Tirol. Ich kann daher auf die Politik anderer KBs höchstens am Rande eingehen und hoffe, auch ihre Fehler bei der Darstellung unserer Politik zu treffen.

Im folgenden setze ich den Artikel im Februar-"Klassenkampf" voraus, wo der Verlauf der Lohnrunde aus der Sicht unserer Politik dargestellt ist, und beschränke mich auf die explizite Darstellung unserer Politik und der Probleme, die dabei aufgetaucht sind.

In der Zeit bis Mitte November 1975, bis die Gewerkschaft ihr Forderungsprogramm aufgestellt hatte, unter dem sie in die Verhandlungen ging, galt es, den Interessen der Arbeiter Ausdruck zu verleihen hinter selbständigen Forderungen und diese Forderungen geltend zu machen als Vorschlag für das gewerkschaftliche Forderungsprogramm zu den KV-Verhandlungen.
Dafür haben wir im Juli bereits unsere "Vorschläge zu den KV-Verhandlungen" unterbreitet. Unsere weitere Politik bestand darin, Unterstützung für diese Vorschläge oder Forderungen auf ihrer Linie zu finden, und zwar organisierte Unterstützung durch Beschlüsse, denn nur so konnten die Arbeiter ihre Interessen in der Gewerkschaft gegenüber der Gewerkschaftsführung geltend machen und Druck auf sie ausüber.
So haben wir im Flugblatt vom 7.11.75 noch geschrieben:

"Für die kommende Lonrunde muß das bedeuten: Gegen den Lohnabbau der Kapitalisten und die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung im Betrieb die Mehrheit für ausreichende, einheitliche Lohnforderungen gewinnen, die den Interessen der Arbeiter und Angestellten entsprechen, von der Gewerkschaftsführung eine entsprechende Änderung ihrer Politik zu fordern und sich auf den selbständigen Kampf um solche Forderungen zu orientieren."

Natürlich hätten solche Beschlüsse auch über die Lohnrunde hinaus Bedeutung gehabt. In unserem praktischen Auftreten haben wir mit unseren Vorschlägen nicht in ausreichendem Maß gearbeitet. Im R 40 wurde bereits darauf hingewiesen, daß nur zwei Betriebskollektive diese Vorschläge auch von den betrieblichen Verhältnissen her beleuchtet haben. Jedenfalls ist es nicht gelungen, organisierte Unterstützung dafür zu gewinnen und auch sonst wurden nirgends Forderungen der Arbeiter beschlossen. Damit hatte die Gewerkschaftsführung in ihrer Kapitulationspolitik von vornherein ein relativ leichtes Spiel.

Mit dem Aufstellen der Gewerkschaftsforderungen Mitte November war unser Vorschlag vom Tisch. Er war ein Vorschlag für eine Alternative zu den dann aufgestellten Forderungen gewesen und mit deren Verabschiedung infolgedessen gegenstandslos.
In weiterer Folge konnte der Hinweis darauf nur mehr propagandistische aber keine praktische Bedeutung haben für den weiteren Gang der Dinge. Mit dem Aufstellen der Gewerkschaftsforderungen war "die Sache insofern gelaufen", als "mit diesem Forderungsprogramm die Gewerkschaftsführung einen Kampf um die Verteidigung des Lohns und für andere wichtige Forderungen im Rahmen der Kollektivvertragsverhandlungen unmöglich gemacht" hatte, wie wir in einem Flugblatt unmittelbar nach Bekanntgabe der 10%-Forderung geschrieben haben. Weiter hieß es dort:

"Für die Forderungen, die sie aufgestellt hat, läßt sich kein erfolgreicher Kampf organisieren. Das ist eine Folge ihrer Sozialpartnerschaftspolitik, die immer auf die Unterordnung der Arbeiterinteressen unter die Unternehmer hinausläuft.
Für die Arbeiter schafft das eine ungünstige Situation. Im Zuge der KV-Verhandlungen hätte man die Kraft der ganzen Branche in die Waagschale werfen und bei konsequentem Auftreten sicher trotz der schwierigen Kampfbedingungen in der Krise der Lohnraubpolitik der Kapitalisten entgegentreten können."

Wenn jetzt manchmal kritisiert wird, wir hätten damals erklärt, die Lohnrunde sei überhaupt "gelaufen" und aus und vorbei, so stimmt das nicht. Am Ende desselben Flugblattes hieß es weiter:

"Auf keinen Fall sollte jedoch darauf verzichtet werden, gegen die schädliche Politik der Gewerkschaftsführung offen Protest zu erheben und von den führenden Gewerkschaftern Rechenschaft für ihre Ausverkaufspolitik zu fordern. Eine Änderung dieser Gewerkschaftspolitik kann nicht erreicht werden, wenn man alles schluckt. Die Metallarbeiter müssen selbständig für ihre Interessen eintreten, im Betrieb wie in der ganzen Branche gegen die Kapitalisten."

Daß Protest gegen die Lohnraubpolitik der Kapitalisten und die Politik der Gewerkschaftsführung erhoben werden muß, haben wir die ganze Zeit über vertreten, und als das dann am 17.12. bei Wertheim geschah, haben wir dieses Beispiel sofort nach Maßgabe unserer Kräfte unter den ARbeitern verbreitet. In Wien haben wir am 18.12. ein Flugblatt bei vielen größeren Metallbetrieben verteilt; die KBs in den anderen Teilen Österreichs haben wir rasch verständigt. Unterschätzt haben wir das Ausmaß, den der Protest annehmen konnte und auch annahm, die Bereitschaft zu Protestaktionen und Warnstreiks und dementsprechend die Möglichkeit der Arbeiter, den Gang der Verhandlungen noch wirksam zu beeinflussen. Das hat sich so ausgewirkt, daß diese letztere Möglichkeit in den Flugblättern nicht erwähnt wurde. Die Bedeutung des Protests wurde ausschließlich darin gesehen, daß die Arbeiter, wenn sie sich ducken und alles hinnehmen, den kommenden Monaten noch geschwächter entgegensehen würden.
Es hat sich auch in einem zweiten Fehler ausgewirkt, der in folgender Passage des bereits erwähnten Flugblattes zum Ausdruck kommt:
"Jetzt ist es so, daß die Arbeiter in jedem einzelnen Betrieb den jeweiligen Bedingungen entsprechend darangehen müssen, solche Forderungen nach Lohnerhöhungen und anderen Verbesserungen aufzustellen, die ihren Interessen entsprechen und die Kapi-

tulation der Gewerkschaftsführung zumindest zum Teil wettmachen können."
Der richtige Gedanke, daß ein Lohnraubabschluß unter den gegebenen Bedingungen nicht mehr zu verhindern war und nach der Lohnrunde versucht werden mußte, innerbetriebliche Lohnerhöhungen zu erreichen, wurde dort falsch, wo es hieß, daß die Arbeiter "jetzt darangehen müssen", denn "jetzt" bedeutete noch während der Lohnrunde, bzw. ging davon aus, daß während und bezogen auf die Lohnrunde nichts mehr passiert. Das war falsch. Es mußte, zusammen mit dem obigen Fehler, zur Abschwächung unserer Agitation führen. Unbedingt mußte aber die Agit. für Protestaktionen verbunden werden mit der Verbreitung von Klarheit über den genannten richtigen Gedanken.

Falsch wäre es gewesen, jetzt wie die Revisionisten für die 10%-Forderung einzutreten. Man kann nicht sagen: Die 10% sind 1. zu wenig, 2. ihrer Form nach spalterisch und 3. nur Sprungbrett nach weiter unten, aber trotzdem stellen sie jetzt ein positives Kampfziel dar. Hinter dieser Forderung konnten Einheit und Selbständigkeit der Arbeiter nicht hergestellt werden und der REallohn nicht verteidigt werden. Man kann nicht, ohne nicht mehr ernstgenommen zu werden, zuerst unsere "Vorschläge" propagieren und dann opportunistisch auf das Gegenteil - und die 10% sind das Gegenteil einer ausreichenden und für den Kampf geeigneten Forderung - umschwenken. Die Lage war in der Tat so, daß die Arbeiter keine positive Forderung hatten, für die sie eintreten konnten, denn die 10% die standen, waren nichts Derartiges. Die bereits eingeleitete Kapitulation der Gewerkschaftsführung war nicht mehr ungeschehen zu machen. Es konnte nur mehr darum gehen, der Kapitulation Schranken zu ziehen und den begonnenen kampflosen Rückzug zu stoppen.
Inhalt des Protests konnte daher nur sein: Gegen die Lohnraubabschlüsse der Kapitalisten und gegen den weiteren Ausverkauf der Arbeiterinteressen durch die Gewerkschaftsführung!

Daran konnte sich auch im weiteren Verlauf der Lohnrunde nichts mehr ändern. Soweit damals von Betriebsräten Protestresolutionen beschlossen wurden, haben wir gerade diese Seite hervorgestrichen.

Vollkommen unrealistisch wäre es gewesen, sich darauf zu orientieren, die Gewerkschaftsführung dazu zu zwingen, ihre Forderungen nach oben zu revidieren, nachdem es nicht einmal gelungen war, vor Aufstellen dieser Forderungen Beschlüsse für ausreichende Forderungen zustande zu bringen. So eine Orientierung hätte sich auf nichts stützen können außer auf Wunschdenken.

Gegeben hat es zu diesem Zeitpunkt außerdem noch einen Beschluß des Wertheim-Betriebsrates für 10%, aber mindestens 800.-. Dieser selbst machte zu diesem Zeitpunkt keinerlei Anstalten, für diese "Forderungen" Unterstützung über den Betrieb hinaus zu gewinnen, d.h. er sah seinen Beschluß ebenfalls in der Hauptsache als Ausdruck des Protests gegen die Lohnraubpolitik der Kapitalisten und die Kapitualationspolitik der Gewerkschaftsführung. Das sollte sich dann im Dezember erneut bestätigen.

Es hätte aber auch noch eine andere Möglichkeit gegeben: die Fortsetzung der Taktik, die bis Mitte November richtig war.
C.r. und G.F. vertreten auch für die Zeit ab Mitte November (+) folgende Taktik (+) und den ganzen weiteren Verlauf der Lohnrunde:
"Die Arbeiterklasse stand damals vor der Aufgabe, in die laufenden KVV einzugreifen auch unter den gegebenen schwierigen Bedingungen, denn das Ausmaß der Kapitulation der Gewerkschaftsführung und damit der Niederlage der Arbeiterklasse stand noch keineswegs fest.
Das geht aber nur, wenn die Arbeiter klar zeigen, daß sie nicht länger auf die Klassenzusammenarbeit einsteigen, sondern auf dem Reallohn bestehen und ihn verteidigen. D.h.zwar auch in den Betrieben Forderungen aufzustellen, die den Interessen der Arbeiter entsprechen, aber im Hinblick auf die laufenden KVV und im Bewußtsein, daß die Arbeiter wenn sie eine Niederlage erleiden, sich im Betrieb das holen, was sie brauchen."

Das heißt: Weiterhin Kursnahme auf das Aufstellen selbständiger Forderungen im Betrieb "im Hinblick auf die laufenden KVV".
Auf der nächsten Seite steht für die Zeit nach dem 16.12.75 erneut, eine richtige Politik "hätte geheißen, in die laufenden KVV durch das Aufstellen selbständiger Forderungen einzugreifen."
Gegen die 10% (bzw.600.-) sollte - sagen wir - eine Schillingforderung von etwa 1.000.- oder 1.500.- gestellt werden.
Aber wozu?
Gegenstand der gewerkschaftlichen Lohnverhandlungen konnte sie nicht mehr werden. Darüber sollte Einverständnis bestehen.
Sollte sie nur dazu dienen, um so seinem Protest ausdruck zu verleihen? Dazu braucht man aber erstens keine positiven Forderungen und zweitens halten die Genossen "ihre" Forderungen augenscheinlich für mehr, wie der Hinweis auf betriebliche Lohnauseinandersetzungen zeigt. Wozu also solche Forderungen?

Mir scheint, daß hier eine Taktik vorgeschlagen wird, die man vielleicht so umschreiben könnte: Was immer die Gewerkschaft macht und gemacht hat, wir "bestehen auf dem Reallohn" und stellen dementsprechende selbständige Forderungen auf.
Wird hier nicht der Gedanke vertreten, daß sich die Kampfbereitschaft und Kampftätigkeit der Arbeiter "selbständig" und getrennt von der gewerkschaftlichen Lohnrunde entwickeln kann und soll? Wird dadurch aber nicht gemacht, was an der vom KB eingeschlagenen Taktik kritisiert wird, nämlich den KV "Kampflos den ÖGB-Bonzen zu überlassen"?

Hinter dieser Position stehen Unklarheiten in der Gewerkschaftslinie.
Dieselben Unklarheiten, die in anderen Städten dazu geführt haben, die "Vorschläge" auch nach Mitte November aufrechtzuerhalten, als ob nichts geschehen wäre. Unmittelbar nach Bekanntgabe der Gewerkschaftsforderungen kam ein ebensolcher Fehler auch in einem Schrack-Flugblatt zum Tragen.

Bei allen diesen Überlegungen muß man sich stets vor Augen halten, daß es bis 16.12. außer einigen Betriebsratsbeschlüssen zu diesem Zeitpunkt noch keinerlei Protestaktionen der Arbeiter selbst gab. Das istkein Zufall, denn um die Unzufriedenheit und den Unmut so weit zu steigern, war erst die Bekanntgabe der Angebote der Kapitalisten (ursprünglich 4,9%, dann 5,5 bzw. 6%)

und das Heruntergehen der Gewerkschaftsführung auf 7,5% notwendig. Das zeigt schlagend die Entwicklung bei Wertheim.

Als zwei Monate später im Jänner von uns die Losung ausgegeben wurde: "7,5% und keinen Groschen weniger!" wurde von einigen Genossen die Frage aufgeworfen, ob man das nicht bereits bei 10% hätte tun sollen. Das übersieht aber, daß die Ausgabe der Losung, bei 7,5% die Rückzugslinie aufzubauen, nicht unseren Überlegungen und Vorstellungen entsprungen ist, sondern dem objektiven Gang der Dinge. Ab dem 7.Jänner haben die Arbeiter so eine Rückzugslinie aufzubauen begonnen. Unsere Sache war es, das zu unterstützen, zu verallgemeinern und zu propagieren.

Am 16.Dez.75 sah sich die Gewerkschaftsführung dazu veranlaßt, den Verhandlungsstand bekanntzugeben. Der Unmut unter den Arbeitern stieg gewaltig. Bei Wertheim und Goerz kam es am 17.12 zu Protestaktionen und am 22.12. trat die steirische Betriebsrätekonferenz zusammen und beschloß Kampfmaßnahmen für Anfang Jänner. Zweifellos gingen die Protestaktionen direkt auf die Initiative und den Druck von unten zurück und waren nicht einfach Schackzüge der Gewerkschaftsführung, was sie übrigens auch nicht zu etwas Schlechtem gemacht hätte, denn ohne Druck von unten hätte die Gewerkschaftsführung nicht einmal solche Schachzüge gesetzt.
Bei Werheim wurde der alte Betriebsratsbeschluß (10%, aber mindestens 800.-) bestätigt. Dabei konnten die Arbeiter nicht davon ausgehen, daß diese Forderungen noch zu offiziellen Gewerkschaftlichen Forderungen gemacht werden könnten, zu einem Zeitpunkt, wo die Gewerkschaftsführung bereits auf 7,5% (mindestens 550.-) heruntergegangen war. Abgesehen davon, hätte auch mit 800.- der Reallohn nicht gehalten werden können.
Die wertheim-Arbeiterkonnten aber davon ausgehen, daß die Arbeiter verhindern müssen, daß die Gewerkschaft beim Lohn unter dem Druck der Kapitalisten noch weiter heruntergeht, als sie es ohnehin schon war, und auch bei den anderen Forderungen den völligen Ausverkauf der Arbeiterinteressen betreibt.
Dafür haben sie versucht, die Arbeiter anderer Betriebe zu gewinnen. Dafür sollten sich die Arbeiter in Protestaktionen und Kampfmaßnahmen einsetzen und je breiter die Bewegung geworden wäre, desto eher war es den Arbeitern möglich, tatsächlich noch Einfluß auf den Gang der Verhandlungen zu nehmen.

Unsere Politik mußte zu diesem Zeitpunkt darin bestehen, die Protestbewegung, die bereits begonnen hatte, zu unterstützen und zu verbreitern und sie politisch und ideologisch zu stärken. Dazu gehörte insbesondere auch eine Propaganda, die klarmachte, daß der bevorstehende Abschluß, selbst wenn die 7,5% gehalten werden konnten, ein beispielloser Lohnraubabschluß werden würde und daß die Ideologie und Politik des Klassenversöhnlertums die Verantwortung für die Kapitulation der Gewerkschaft tragen.
Nach wie vor gab es natürlich keine positive Kampfforderung, für die wir die Arbeiter zu gewinnen hatten. Gewinnen mußten wir sie vielmehr dafür, gegen die Lohnraubpolitik der Kapitalisten und die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführer aufzutreten. Natürlich wird die Kraft und Einheit einer Bewegung äußerst beschränkt dadurch, daß es keine einheitlichen

Forderungen und kein gemeinsames positives Kampfziel gibt. Aber so war die Lage eben und unmöglich wird eine Protestbewegung dadurch noch lange nicht.

Keineswegs durften wir die 7,5%-Forderung als positive Forderung propagieren, denn sie war eine spalterische und zur Verteidigung des Reallohns ungeeignete Forderung, für die die Arbeiter keinen Grund hatten einzutreten. Im Gegenteil mußte ständig klar gesagt werden, was ein 7,5%-Abschluß wirtschaftlich und unter dem Gesichtspunkt der Schwächung der Arbeiter gegenüber den Kapitalisten bedeutet.

Noch viel weniger als vor dem 16.Dezember konnte es uns auch um die 10%-Forderung gehen, die um kein Jota dadurch "besser" geworden war, daß die Gewerkschaft inzwischen sogar auf 7,5% herunten war.

Die Revisionisten haben zu diesem Zeitpunkt an der 10%-Forderung, auf die sie sich von Anfang an gestellt hatten, festgehalten. Außer daß sie sich von Anfang an auf den Boden der Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung gestellt hatten, stellten sie sich damit auch noch außerhalb des wirklichen Verlaufs der Lohnauseinandersetzungen, bei dem die Forderung bereits auf 7,5% stand und es nicht mehr um mehr gehen konnte, hintertrieben damit jeden praktisch möglichen und sinnvollen Schritt der Arbeiter, versuchten die Arbeiter durch ihr Festhalten an der 10%-Forderung gegenüber der"schlechten"7,5%-Forderung positiv auf die "gute"10 %-Forderung zu verpflichten. Bestenfalls diente das dazu, um die Arbeiter davon abzulenken, worum es wirklich ging, schlechtestenfalls hätten damit auch kampfbereite Teile der Arbeiterschaft verheizt werden können. So oder so läuft diese Politik auf eine vollkommene politisch und ideologische Vernebelung hinaus, also auf das Gegenteil davon, was dringend notwendig war, damit sich die Arbeiter zurechtfinden in dieser Situation.

Die Historikerzelle der MLS hat uns Anfang Jänner vorgeschlagen, für den Aufbau einer Kampffront für 10% einzutreten. Ich glaube schon gezeigt zu haben, wieso das ein falscher Vorschlag war.

Wie hat unser praktisches Auftreten in der zweiten Dezemberhälfte tatsächlich ausgesehen?
Obwohl die Ereignisse bei Wertheim, Goerz und in der Steiermark uns die tatsächliche aktuellle Möglichkeit einer Protestbewegung unerwartet vor Augen führten, haben wir die bereits oben kritisierten Fehler nicht korrigieren können.
Wir haben zwar die Geschehnisse bekanntgemacht, aber 1. nach wie vor nicht die Möglichkeit ins Auge gefaßt, daß die Arbeiter tatsächlich noch in die Lohnverhandlungen eingreifen können, und 2. keine ausreichend gute Propaganda gemacht, um den Arbeitern die absolute Unversöhnlichkeit der Klasseninteressen der Kapitalistenklasse und der Arbeiterklasse und die Schädlichkeit der Ideologie und Politik der Klassenversöhnung anhand der laufenden Lohnverhandlungen aufzuzeigen und die Lage darzustellen, wie sie durch den scharfen Angriff der Kapitalisten und die Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung entstanden war und wozu auch die Tatsache gehört, daß unter den

Forderungen von 10% oder 7,5% der Reallohn nicht verteidigt werden konnte.
Schließlich haben wir aus den obigen Gründen nach den Weihnachtsfeiertagen einige Tage Zeit verloren, und als schließlich am 13.1.76 - der Entwicklung weit nachhinkend - das erste Flugblatt erschien, waren die genannten Fehler erneut darin vorhanden.

Eine Seite des Protests gegen den drohenden Lohnraubabschluß war objektiv von Anfang an, zu verhindern, daß die Gewerkschaftsführung sich noch weiter herunterdrücken ließ, auch wenn wir diese Seite zuerst noch mit gutem Grund, dann aber nach dem 16.12. völlig falsch nicht in den Vordergrund gestellt haben. Denn auch ohne einheitliche, positive Forderung bestand das Ziel der Protestbewegung - nach dem 16.12. darin, daß die Arbeiter sich zusammenschließen gegen den Angriff der Kapitalisten und Kampfschritte dagegen unternehmen. Diese Bewegung konnte sich darauf zuspitzen, daß irgendwo eine Rückzugslinie aufgebaut wird, unter die auf keinen Fall mehr gegangen werden sollte. Das mußte nicht, aber konnte der Fall sein.
Die Rückzugslinie mußte für diesen Fall möglichst weit vorgeschoben sein, aber sie konnte natürlich nicht weiter vorne liegen, als der aktuelle Frontverlauf in der Lohnauseinandersetzung, d.h. nicht höher als 7,5% (aber mindestens 550.-)
Auch für diesen Fall galt nach wie vor, daß es für die Arbeiter keine positiven Forderungen durchzusetzen gab, d.h., man konnte nicht die bereits erfolgte Kapitulation der Gewerkschaftsführung rückgängig machen , sondern nur mehr den Rückzug stoppen und der Kapitulation Grenzen ziehen.
Ob es zum Kampf um so eine Rückzugslinie kam oder nicht - das lag nicht in unserem Ermessen. Wenn es dazu kam - so war das natürlich gut und nicht schlecht, auch wenn es mit großen Gefahren verbunden war.

Ab dem 7.1.1976 setzte so eine Entwicklung ein, als die Protestbewegung einige weitere steirische und Wiener Betriebe erfaßte, und sich rasch auszubreiten begann, stets auf Druck von unten hin, oft aber bereits von Gewerkschaftsfunktionären und Betriebsräten organisiert. Als allgemeine Forderung bildete sich in der gegebenen Situation heraus: "7,5% und keinen Groschen weniger!"

In dieser Situation, in der es durchaus realistisch geworden war, ein Hinuntergehen unter 7,5% tatsächlich zu verhindern, in der vor allem die Arbeiter einer ganzen Reihe von Betrieben bereits Kampfschritte setzten, die sich unter Umständen zu größeren Streiks, ja sogar zu einem die ganze Branche umfassenden Streik (wie 1962) ausweiten hätten können, - in dieser Situation konnte es nur unsere Aufgabe sein, diese Entwicklung zu erkennen und aktiv für die Losung: "Jetzt ist es genug! Keinen Groschen mehr unter die stehenden Forderungen! 7,5% und keinen Groschen weniger!" einzutreten.
Daß die Ausgangsbedingungen für einen Kampf aufgrund der Kapitulationspolitik der Gewerkschaftsführung bereits sehr schlecht und die Rückzugslinie bereits sehr niedrig war, machte die Lage schwierig, änderte aber nichts daran.
Zugleich mußte in der Propaganda unbedingt klargemacht werden, worum es dabei noch ging und worum es nicht mehr gehen konnte.

Es mußte der Propaganda der Gewerkschaftsführung entgegengetreten werden, die die 7,5%-Forderung als positive Forderung, geeignet, zur Verteidigung des Reallohns, hochjubelte.
Es mußte die politische und ideologische Klarheit der Arbeiter erhöht werden. Ohne Erfüllung dieser Aufgabe war dagegen die Richtigkeit des ganzen Auftretens in Frage gestellt.

Falsch wäre es gewesen, sich abseits zu stellen und den Arbeitern zu sagen, daß sie "nie hinter Kapitulationsforderungen ihre Einheit und Selbständigkeit herstellen können" (C.R,G.F) Denn so richtig das ist, so richtig ist es auch, daß sich die Arbeiter auch ohne positive Forderungen gegen Angriffe der Kapitalisten zusammenschließen können und das auch immer wieder tun, sowohl im Betrieb (Streik bei Engel in Schwertberg, Jänner 1975) als auch bei den KVV (z.B.Bauarbeiter, April 75 und die meisten Streiks des Jahres 75 im Zusammenhang mit KV-Verhandlungen).
Eine positive Forderung, für die sich die Arbeiter zusammenschließen konnten, konnte es bei der Metallarbeiterlohnrunde bis zum Schluß nicht mehr geben, einen Angriff, gegen den es aufzutreten galt, gab es schon. Darin besteht auch der wirkliche und richtige Inhalt der Losung "7,5% und keinen Groschen weniger!", im Gegensatz zu dem, was die Gewerkschaftsführung daraus zu machen versuchte.

Deshalb war die taktische Wendung im R 49 richtig, wenn auch verspätet, so daß sie in unserer Massenarbeit nicht mehr vollzogen werden konnte,denn schon kurz darauf, am 16.1., erfolgte der Abschluß. Berücksichtigen hätten wir bei dieser Wendung auch müssen, daß nicht nur die 7,5%, sondern auch die 550.- als Minimum festgelegt hätten werden sollen. Daß wir in diesen Tagen mit großen Unsicherheiten gekämpft und keinen klaren Überblick über die Entwicklung der Dinge gehabt haben, hat allerdings dazu geführt, daß unsere Agit.und Prop. in der ersten Jännerhälfte überhaupt nicht und noch weniger als in der Zeit vorher, auf der Höhe ihrer Aufgaben war.

In unseren zentralen Agitprop-Materialien ist das, was hier als richtige Politik dargestellt wurde, nicht wiederzuerkennen.
Wir haben in keiner Phase etwas völlig Falsches gemacht; aber wir haben auch in keiner Phase eine vollständig richtige Politik gemacht. Am schwerwiegendsten scheint mir fast die Vernachlässigung einer vom Klassenstandpunkt ausgehenden Propaganda, die ständig den Gang der Entwicklung umfassend hätte beleuchten sollen und zur Hebung des Klassenbewußtseins der Arbeiter beitragen können.

Die Flugblätter der Betriebskollektive widerspiegeln die Mängel und Fehler der Anleitung und der zentralen Agit-Prop. Auffallend ist, daß - wie bereits vor November unsere "Vorschläge" kaum von den betrieblichen Verhältnissen her beleuchtet worden waren - die Einheiten anscheinend kaum betriebliche Ansatzpunkte in ihrer Agitation für Protestaktionen usw. hatten.

Aber alle Mängel und Fehler gab es in 1.Linie deshalb, weil wir erstmals gezwungen waren und versucht haben, eine konkrete Taktik zu entwickeln. Der Standpunkt von dem aus C.R./G.F.

ihre Kritik, die im einzelnen meist bei wirklichen Fehlern und Mängeln ansetzt, formulieren, läuft hingegen darauf hinaus, die Taktik "abzuschaffen". Sie schlagen vor, während des gesamten Verlaufs der Lohnrunde die Losung durchzuziehen, selbständige Forderungen aufzustellen, denn nur hinter solchen könnte die Arbeiterklasse ihre Einheit und Selbständigkeit herstellen.
Was ist aber, wenn Derartiges im Hinblick auf die Lohnrunde praktisch nicht mehr zur Debatte steht? ;"Prinzipienfestigkeit" wird hier gegen Politik ausgespielt.
Ein noch schwererer Fehler scheint mir aber zu sein, daß dieser Vorschlag darauf hinausläuft, die Gewerkschaft links liegen zu lassen. Was immer sie macht, es hat keinen Einfluß auf das, was wir den Arbeitern im Zusammenhang der gewerkschaftlichen Lohnverhandlungen vorschlagen. Demgemäß erscheint auch der "Kampf um die Gewerkschaft" stets als etwas Zusätzliches zur auf die Lohnrunde bezogenen Politik. So heißt es zum Flugblatt vom 19.1.76.:
"Nach dem Kapitulationsabschluß kein Wort darüber, was aus dieser Niederlage in einem äußerst wichtigen, gegrenzten Kampf um den Reallohn zu lernen ist. Kein Wort über den Kampf um die Gewerkschaft, wie er geführt, wo er ansetzen muß und welche Perspektiven er hat."
"Das was diese Arbeiter dann höchstwahrscheinlich zu uns zu sagen haben ist: In Worten reden wir viel von der Einheit der Arbeiterklasse im gewerkschaftlichen Kampf und von der bedeutenden Rolle des Kampfes um die Gewerkschaft, aber ihre praktische Politik heißt: die bürgerliche Gewerkschaftsführung zu zwingen, nicht noch mehr zu kapitulieren und sodann den Lohnraubabschluß wenigstens zum Teil im Betrieb wettzumachen."

Der Kampf um die Gewerkschaft wird geführt durch die Anprangerung der Politik der Klassenversöhnler und durch die Verteidigung der Arbeiterinteressen unter den gegebenen Bedingungen; er kommt nicht zusätzlich noch dazu. Für C.R./G.F. scheint der Kampf um die Gewerkschaft ausschließlich eine Propagandasache zu sein, die durch unsere "Prinzipienlosigkeit" erschwert wurde.
Ich sehe hier einen Rückfall hinter die Festlegungen der 1.o. DK zur Gewerkschaftslinie unserer Organisation.

W.L.

STELLUNGNAHME VON C.R./G.F.(REDAKTION) ZU UNSERER POLITIK ZU DEN KV-VERHANDLUNGEN DER METALL--u. BERGARBEITER

Unsere Politik zu den KV-Verhandlungen (KVV) der Metallarbeiter

Im Herbst machten wir bei der Vorbereitung der KVV wichtige Fortschritte. Wir erkannten die wachsende Bedeutung der KVs in der Krise unter erschwerten Kampfbedingungen. Wir schlugen das erste Mal der Arbeiterklasse konkrete Forderungen vor, unter denen sie ihre Klasseninteressen zum gegenwärtigen Zeitpunkt vertreten kann. Wir prangerten relativ früh (Juli) den geplanten Generalangriff auf die Löhne an, auf den einzusteigen die Gewerkschaftsführung (GF) offensichtlich gewillt war und propagierten demgegenüber die Notwendigkeit, die Arbeits- und Lebensbedingungen der Arbeiterklasse zu verteidigen und daß die Perspektive der Arbeiterklasse nicht in der Aufrechterhaltung der Profitwirtschaft sondern nur im Kampf um die sozialistische Gesellschaft bestehen kann, wo die Arbeiter nicht mehr Lohnsklaven, sondern Herren des eigenen Geschickes sind. (siehe Artikel in Klaka 7/75 "Generalangriff" u. "Vorschläge")

Diese richtige Politik haben wir allerdings nicht durchgestanden, sondern schwere Fehler gemacht im Eingreifen in die KVV, v.a. was die Frage des Lohnkampfes betrifft.

1. UNTERSCHÄTZUNG DER KVV ALS TEIL DES KLASSENKAMPFES UND FALSCHE AUFFASSUNGEN ÜBER DEN KAMPF UM DIE GEWERKSCHAFT

Die KVV und der Kampf um ihren Abschluß sind ein wichtiger Teil des Klassenkampfes. Dazu schrieben wir im Klaka 1/76 (allerdings anläßlich eines Artikels über die Gewerkschaftspolitik der VRA):
"Im einzelnen Betrieb allein kann der Lohnabbau, der immer größere Ausmaße erreicht gerade heute in der Krise offensichtlich immer weniger wettgemacht werden." Oder im Klaka 9/75, S.9 :
"Hier stehen den Kapitalisten immerhin die Arbeiter einer ganzen Branche gegenüber. Hier geht es um Abschlüsse, die für ein Jahr den Lohn und die Arbeitsverhältnisse für Hunderttausende Arbeiter und Angestellte regeln."

In die Herbstlohnrunde gingen die Arbeiter unter Führung der verräterischen GF, ohne die KVV durch das Aufstellen selbständiger Forderungen vorbereitet zu haben, d.h. ungerüstet für den Angriff der Kapitalisten. Es ist richtig, daß mit dem 10%-Angebot der GF eine wichtige Vorentscheidung in den KVV zugunsten der Kapitalisten gefallen ist, denn unter dieser Forderung ist die Einheit und Selbständigkeit der Arbeiter nicht herzustellen, weil sie zu niedrig und spalterisch ist und dadurch den Kapitalisten beim Lohnraub freie Hand läßt.
Aber mit dieser Vorentscheidung war die Sache noch nicht gelaufen, nicht für die Kapitalisten, nicht für die Arbeiter und nicht für die GF. Im Gegenteil, zeigte sich wohin es führt, wenn die Arbeiterklasse auch nur einen Schritt von der Verteidigung ihrer Klasseninteressen abgeht im Sinne der "Gesamtwirtschaft":
zu immer frecheren Angriffen der Kapitalisten und zur Verschlechterung der Lage des einzelnen Arbeiters und der gesamten Klasse.

Wie aber verhielten wir uns? Im Klaka 12/75 wird die Kapitulation der GF als gegeben und unabwendbar akzeptiert und eine Haltung verbreitet, daß dagegen in den KVV nichts mehr zu machen sei. Deshalb käme es für die Arbeiterklasse darauf an, "jetzt....in den einzelnen Betrieben den jeweiligen Bedingungen entsprechend (daranzugehen) Forderungen aufzustellen, die ihren Interessen entsprechen und die Kapitulation der GF zumindest zum Teil wettmachen können." (12/75)
Diese Haltung aber zu Beginn der KVV unter den Arbeiter zu verbreiten ist falsch, denn sie bedeutet, den KV kampflos den ÖGB-Bonzen zu überlassen, die Kapitulation von vornherein zu akzeptieren.
Die Arbeiterklasse stand damals vor der Aufgabe, in die laufenden KVV einzugreifen auch unter den gegebenen schwierigen Bedingungen, denn das Ausmaß der Kapitulation der GF und damit der Niederlage der Arbeiterklasse stand noch keineswegs fest.
Das geht aber nur, wenn die Arbeiter klär zeigen, daß sie nicht länger auf die Klasseenzusammenarbeit einsteigen, sondern auf dem Reallohn bestehen und ihn verteidigen. D.h. zwar auch in den Betrieben Forderungen aufzustellen, die den Interessen der Arbeiter entsprechen, aber im Hinblick auf die laufenden KVV und im Bewußtsein, daß die Arbeiter, wenn sie eine Niederlage erleiden, sich im Betrieb das holen, was sie brauchen.
Wir sahen aber nur, daß sich die Arbeiterklasse nicht durch das Aufstellen selbständiger Forderungen auf die Lohnrunde vorbereitet hat und daß daher die Kapitulation nicht mehr zu verhindern sei.

Die schwierigen Bedingungen, die von uns zum Vorwand genommen wurden um die Sache verloren zu geben, waren aber tatsächlich genau die Bedingungen, die wir bereits Monate vorher vorausgesehen hatten. Sie bestanden nicht etwa in der Kapitulation der GF, sondern in der starken ideologischen Fesselung der Arbeiterklasse an die Sozialpartnerschaftspolitik.
Diese Politik des "Akzeptierens der Kapitulation, des Nichteingreifens in die KVV" ist schon im R 40 angelegt, wo es heißt:
"...wenn wir die Lage so einschätzen, daß die ÖGB-Führung von ihrer Kapitulationspolitik nicht abgebracht werden kann, müssen wir sehen, daß die einzige Möglichkeit für die Arbeiter und Angestellten im nächsten Jahr etwas zusammenzubringen im Betrieb besteht."

Parallel zu dieser ausschließlichen Orientierung auf den betrieblichen Kampf forderten wir die Arbeiter auf, Protest gegen die ÖGB-Politik zu erheben, denn immerhin wollen wir ja den Kampf um die Gewerkschaften führen und vielleicht stärkt der Protest das Bewußtsein der Arbeiterklasse für den betrieblichen Kampf. (1/76)

Diese Auseinanderdividierung von Kampf und Protest, von Kampf um den Lohn auf betrieblicher ebene und Protest gegen die Politik der GF auf KV- und Branchenebene aber widerspricht den Festlegungen des RB, wo es heißt:
"Den Kampf um die Gewerkschaft müssen die Kommunisten führen.. ...-biszu--.., zu ihrer Unterstützung nicht gezwungen werden kann." (S.89,3.Abs.)
Das hätte aber geheißten, in die laufenden KVV durch die Aufstellung selbständiger Forderungen einzugreifen und so Druck

auf die GF auszuüben,
Offensichtlich und gravierend wurde dieser Fehler, als durch den 7,5% Rückgang und die Vertagung der KVV auf fast vier Wochen das Ganze wieder in Bewegung geriet, die Politik der GF in der Arbeiterklasse diskutiert wurde und spontane Proteste laut wurden. In diese griffen wir bis auf das erste Flugblatt über den Wertheimstreik überhaupt nicht ein.
Weil wir offensichtlich gebannt auf die schwierigen Bedingungen, die "Unmöglichkeit" in den KVV den Kampf um den Lohn zu führen (12/75) starrten, wußten wir auch mit der spontanen Bewegung nichts rechtes anzufangen, und konnten nicht in sie eingreifen, geschweige denn sie fördern, wie das unsere Aufgabe gewesen wäre, zu der der Rechenschaftsbericht festgehalten hat: "die spontane Bewegung maßgeblich beeinflussen, sich an ihre Spitze stellen" (S.83,mitte) und "Es hängt vom Auftreten der Kommunisten ab, den spontanen Kampfwillen nicht in ein bürgerliches, sondern ein proletarisches Fahrwasser zu lenken." (S.86, unten)
Nur so ist es zu erklären, daß nicht sofort nach Weihnachten ein Flugblatt herauskam. Nur so ist der Artikel im Klaka 1/76 zu erklären, wo weiterhin der KV als gelaufene Sache behandelt wird und ausschließlich die Orientierung auf den betrieblichen Kampf ausgegeben wird.

2.DIE ARBEITERKLASSE KANN NIE HINTER KAPITULATIONSFORDERUNGEN IHRE EINHEIT UND SELBSTÄNDIGKEIT HERSTELLEN!

Diese Politik des Herumdrückens um den KV-Abschluß konnte nicht aufrecht erhalten werden, da sie offensichtlich zu der vorhandenen Empörung über den Agriff der Kapitalisten, dem vorhandenen Unmut über die Politik der GF und der spontanen Bewegung im Widerspruch stand. Diese Politik wurde von der Leitung im Anhang zum R 49 auch revidiert. So ganz nebenbei, als festgestellt wurde, daß die Lohnrunde natürlich noch nicht gelaufen sei. Aber wir kamen dabei den Fehlern nicht auf die Spur und die Korrektur war völlig opportunistisch und nur die andere Seite des Verzichts auf eine selbständige Politik der Arbeiterklasse zu den KVV. im Rs 49, das glücklicherweise keine Auswirkungen mehr auf unsere praktische Politik gewinnen konnte, wird gesagt, daß die Kommunisten jetzt die Losung ausgeben müssen: "Jetzt ist es genug! Keinen Groschen mehr unter die stehenden Forderungen gehen!"
Dies wird damit begründet, daß ein weiteres Zurückweichen der GF verhindert werden müsse und es dabei nur mehr um "stehende Forderungen gehen kann". Alles andere (für die vollen 10% oder dgl., auf jeden Fall alles was höher als 7,5% ist) sei unrealistisch und schädlich, weil es zur Abspaltung und Verheizung der kampfentschlossenen Teile der Arbeiterklasse führen könne. Es verhält sich in Wirklichkeit aber genau umgekehrt.
Die Einheit der Arbeiterklasse kann nur auf dem Boden ihrer Klasseninteressen hergestellt werden. Daß die Verteidigung der 7,5% mittels Resolutionen und Kampfschritten nicht den Interessen der Arbeiterklasse entspricht, sieht wohl jeder. Das einzige Argument, das für diese Politik angeführt wird, ist die "Realität" und das "Mögliche".

Weil der Reallohn in den KVV nicht mehr wirksam und siegreich verteidigt werden konnte, weil die GF schon auf Kapitu lations-

kurs segelte, weil in den meisten Betrieben, wo es Proteste gab, die 7,5% verteidigt wurden, deshalb sollten die Arbeiter ihre Kampfkraft entfalten für einen Lohnraubabschluß? Nein! Daß das auch gar nicht geht, haben wir bereits im Oktober gesagt, wo wir im Klaka unter der Überschrift "Einheit ist nur hinter ausreichenden Forderungen möglich" schrieben:
"Wenn (die Lohnforderung) zu niedrig ist, läßt sich dahinter genausowenig Einheit herstellen, wie hinter einer Prozentforderung, vielleicht sogar noch schlechter. In erster Linie ist eben die Höhe entscheidend: wenn die Forderung von vornherein auf Lohnabbau für einen großen Teil der Belegschaft oder Branche hinausläuft, ist die Spaltung schon perfekt..." (10/75,S8-9)

Sehr richtig wird im Flugblatt vom 13.1. ein Arbeiter zitiert, der sagte: "Für die Arbeiter aber gilt es zu zeigen, daß sie gegen den Lohnabbau sind...". Wie aber können sie das anders, als indem sie sagen: das und das brauchen wir drauf, um den Lohn zu halten? Können sie das etwa, wenn in der Resoluttion steht:
wir sind gegen den Lohnraub, deshalb die vollen 7,5% und nicht darunter?
"ES ist ja nicht schon gut, wenn die Arbeiter sich überhaupt rühren, gleichgültig wofür und wie, sondern wenn sie Kampfpositionen stärken." (RB S87)
Die vorgeschlagene Politik aber wäre auf eine Schwächung der Kampfkraft und Kampfpositionen hinausgelaufen. Denn die Kampfkraft besteht nicht etwa darin, daß sich unter "realistischen" Forderungen etwa mehr Betriebe zusammengeschlossen hätten, als unter "unrealistischen", die auf die Verteidigung des Reallohns auch in dieser Situation gepocht hätten. Die Kampfkraft der Arbeiterklasse hängt vom Grad ihrer Einheit und Selbständigkeit ab, d.h. zum großen Teil von ihrem Bewußtsein, ihrer Klarheit über Lage und Aufgaben. Diese Klarheit wird aber sicher nicht gefördert, wenn wir den Arbeitern sagen, es geht zwar prinzipiell um die Verteidigung des Reallohnes, aber in dieser schwierigen Situation müssen wir die 7,5% verteidigen.
Daß der Rückzug der GF gestoppt werden kann, gerade indem ihre Politik des Nachgebens und der Klassenzusammenarbeit verurteilt wird, gerade indem die Arbeiter auf dem Reallohn beharren, daß das die beste Vorbereitung für Lohnkämpfe im Betrieb ist, kam uns gar nicht in den Sinn, obwohl auch dazu klare Festlegungen im RB geschaffen wurden:
"Zur Vorbereitung...-bis zu-....zusammenschließen und einen." (RB S.86)
Das R 49 versucht aus den objektiven Bedingungen das "objektiv mögliche" herauszufinden und vergißt dabei die grundlegende Aufgaben der Kommunisten.

Das zeigt sich auch in den Wünschen, was "das beste in der gegenwärtigen Situation wäre", nämlich "eine geschlossene Abwehrfront, in der sich die Arbeiter ihre Kraft und Einheit erhalten". Aber welche Kraft und Einheit soll erhalten werden? Ist es nicht vielmehr so, daß die Arbeiter ihre Kraft stärken, ihre Einheit erst herstellen müssen und ihnen das nur gelingt, wenn sie die Fesseln der Sozialpartnerschaftsideologie sprengen?

Die Lösung "Verteidigung der stehenden Forderungen" ist dazu kein geeignetes Mittel, sondern fesselt die Arbeiter erst recht an die Haltung: "Zurückhalten bei den Löhnen von mir aus, wenn's notwendig ist, aber nicht zu viel."

Völlig an unseren Aufgaben vorbei ging auch das Flugblatt vom 19.1. Wir werden den Arbeitern niemals die Notwendigkeit des Kampfes um eine Kampfstarke, klassenbewußte Gewerkschaft klarmachen können, wenn wir ihnen drei Tage nach einer Niederlage, an der die GF maßgeblich beteiligt ist, zuschreien: "Wehren wir uns gegen den Angriff der Kapitalisten in den Betrieben", sozusagen dort, wo wir allein auch die Kraft haben. Natürlich ist es notwendig, nach dieser Niederlage in den Betrieben und gegen die einzelnen Kapitalisten um den Lohn zu kämpfen. Aber das wird nicht leichter gehen als im Kampf um den KV-Abschluß, sondern schwerer, wie wir selbst es ja auch schon schon oft genug erklärt haben. - Davon aber kein Wort im Flugblatt!

Außerdem werden die Gründe der Niederlage (und eine Niederlage war es wohl, das läßt sich ganz klar aufgrund der von uns im Herbst vor den KVV gesagten Dinge bestimmen) nicht untersucht. "Eine Niederlage ist nicht so schlimm, wenn die Arbeiter erkennen, was die Gründe der Niederlage sind, welche Politik zum Sieg und welche zur Niederlage führt." (RB S.87)

Zwar ist viel von der Kapitulationspolitik der GF die Rede, aber das allein hätten wir auch in der "Volksmacht" oder gar in der "Volksstimme" lesen können und es ist außerdem gar nicht der ausschließliche Grund. Immerhin sind die Arbeiter seit 30 Jahren mit dieser Politik konfrontiert.

Gerade die Gründe der Niederlage, die in der Arbeiterklasse selbst zu suchen sind, hätten wir aufzeigen müssen, denn diese kann sie selbst verändern. Wenn wir nicht von zu großem Vertrauen in die Gewerkschaftsführung, nicht von den falschen Hoffnungen auf die Wirksamkeit des Zurückhaltens beim Lohn reden, nicht davon, was solche Erfahrungen mit dem Kampf um die Gewerkschaft zu tun haben und wie er geführt werden soll, wie können dann die Arbeiter aus dieser Niederlage lernen, sei's für die nächste Lohnrunde oder für den Kampf im Betrieb, so wie überhaupt für jedweden gewerkschaftlichen Kampf.

3. WAS STECKT HINTER UNSERER POLITIK ZU DEN KV-VERHANDLUNGEN?

Auf welche Politik läuft die Linie an die wir uns während der KVV hielten langfristig hinaus?
Wenn wir uns freimachen von all den verschiedenen Gedanken, die uns zum Hin- und Herschwenken in dieser Frage brachten und versuchen einzuschätzen, wie sich unser Auftreten in der Praxis, für die Arbeiter in den Betrieben gezeigt hat, können wir jetzt schon erkennen:
Vor der Lohnrunde sagten wir auf der einen Seite:
Der Kampf um den Lohn wird in der Krise zwar immer schwieriger, jedoch immer nötiger. Unter den Bedingungen der Krise, richtet sich der Kampf um den Lohn in erster Linie gegen den Lohnraub, den es zu verhindern gilt. Das ist aber auf der Ebene der einzelnen Betriebe nicht möglich, sondern nur auf höherer Ebene. Auf dieser Ebene haben die Arbeiter aber ohne überbetriebliche Organisation keinen Auftrag und können daher den Kampf gegen den Lohnraub nur mit der Gewerkschaft führen, die für solche Zwecke da ist. Die bürgerliche GF will die Arbeiterklasse jedoch

nicht in den Kampf führen, sondern ihre Kampfkraft lähmen, sie von der bürgerlichen Ideologie abhängig machen und ihre Interessen den Kapitalisten preisgeben. Darum müssen nun die Arbeiter unter einheitlichen und selbständigen Forderungen den Kampf gegen die GF, um die Gewerkschaft, um den Lohn führen.

Halten verschiedene Arbeiter diese Linie für richtig, was sollen sie dann davon gehalten haben, was wir nach dem 7,5% Rückzug zu sagen hatten:
Weil die bürgerliche GF die Arbeiter nicht in den Kampf führen will, sondern ihre Kampfkraft lähmt, sie in Abhängigkeit von der bürgerlichen Ideologie hält, und weil die Arbeiter dagegen nicht sofort wie ein Mann geschlossen und organisiert, einheitlich und selbständig aufstehen, deswegen ist in den KVV nichts mehr drin, und wenn was drin ist, dann höchstens daß nicht noch weniger drin ist und darum muß jetzt gekämpft werden.
Nach dem Kapitulationsabschluß kein Wort darüber, was aus dieser Niederlage in einem äußerst wichtigen, gegrenzten Kampf um den Reallohn zu lernen ist. Kein Wort über den Kampf um die Gewerkschaft, wie er geführt, wo er ansetzen muß und welche Perspektiven er hat.

Das was diese Arbeiter dann höchstwahrscheinlich zu uns zu sagen haben ist:
In Worten reden sie viel von der Einheit der Arbeiterklasse im gewerkschaftlichen Kampf und von der bedeutenden Rolle des Kampfes um die Gewerkschaft, aber ihre praktische Politik heißt: die bürgerliche GF zu zwingen, nicht noch mehr zu kapitulieren und sodann den Lohnraubabschluß wenigstens zum Teil im Betrieb wettzumachen.

Hinter dieser Politik scheint die Haltung zu stekcen, daß man zwar eine gute Theorie hat, sie aber leider in der Praxis unanwendbar ist. Daß man zwar weiß, daß die bürgerlichen Führer im Prinzip nur schwach, die Arbeiterklasse im Prinzip stark ist, daß aber in der Praxis leider nur das Gegenteil herauskommt.

Was trennt Leute, die so eine Politik machen, eigentlich von denen, die es genauso machen, aber wenigstens sich für ihre falsche Praxis der Negierung der Notwendigkeit des Kampfes um die Gewerkschaft auch eine falsche Theorie zurechtgelegt haben?
Zumindest was die VRA betrifft, waren wir sehr gut in der Lage, diese falsche Politik auf richtiger Grundlage zu kritisieren. (Klaka 1/76).
Doch die Frage, die war am Schluß des Artikels in 1/76 an die VRA-Genossen richten, können wir aufgrund unserer Politik zu den KVV getrost auch an uns richten:
"Was soll man von Kommunisten halten, die von der Einheit der Arbeiterklasse und von der sozialistischen Revolution reden, sich aber nicht einmal über die Frage Rechenschaft ablegen, wie die Arbeiter einer Branche ihre Einheit herstellen sollen bzw. wie die Arbeiterklasse ihre Einheit gegen die Kapitalistenklasse herstellen soll? Sind das doch die ersten Voraussetzungen dafür, daß die Arbeiterklasse im praktischen Klassenkampf an die Revolution herankommt."

4. EIN WEITERER FEHLER

Nur kurz soll auf einen weiteren Fehler hingewiesen werden, der ein allgemeiner Fehler unserer Politik ist.
Im R 40 steht unter "Der Kampf gegen die Sozailpartnerschafts-ideologie":
"Demgegenüber (gegen die gängigen Stillhalteargumente) müssen wir...klarmachen,: daß nur die Steigerung der Ausbeutung bei Aufrechterhaltung der Ausplünderung auf dem Warenmarkt dieses Wirtschaftssystem retten kann."
Und wenn wir das noch so klar machen, wird das nicht viel ausrichten, weil die bürgerliche Ideologie gerade das den Arbeitern als eben zeitweilig notwendig einreden will. Gerade darin besteht ja die Bindung an die Sozialpartnerschaft, daß die Arbeiter zeitweilige Verschlechterungen hinnehmen, mit der Hoffnung, daß es nachher wieder aufwärts geht. Wenn wir aber der Arbeiterklasse nicht klarmachen, daß sie im Kapitalismus keine andere Perspektive hat als die der Lohnsklaverei, daß ihre Perspektive im Sozialismus besteht, haben wir gegen die Sozialpartnerschaftsideologie keine Chance. Ohne ständige Propaganda gegen den Kapitalismüs als ausbeuterisches, parasitäres und faulendes System und für den Sozialismus werden wir die bürgerliche Ideologie in der Arbeiterklasse nicht schlagen können.

C.R.,G.F.

ENTWURF FÜR EINEN BESCH USS DER LEITUNG ZUM "BERICHT ÜBER DIE SCHWERPUNKTE DER WIRTSCHAFLICHEN UND GEWERKSCHAFTLICHEN POLITIK.." (RS 40)

(Dieser Beschlußentwurf von A.R. konnte erst einmal kurz in der Leitung besprochen werden. Eine genauere Debatte und die Beschlußfassung werden erst folgen).

Sowohl in der zentralen Anleitung und Agitation und Propaganda wie in der Arbeit der Betriebskollektive sind im Zusammenhang mit den KV-Verhandlungen und in deren Gefolge Fehler gemacht worden. Insofern diese Fehler in der Festlegung der Taktik bestanden und durch den "Bericht..." begünstigt wurden, wurden sie im Beitrag von W.L. in diesem Rundschreiben bereits kritisiert. Im "Bericht..." ist die Orientierung auf ein Eingreifen der Arbeiter in die Verhandlungen (Was die Metallarbeiter betrifft) unter den Tisch gefallen (und es werden daher dafür auch keine Festlegungen getroffen).
Daß die Metallarbeiter in Bewegung kommen, wird nur mehr beschränkt auf die betriebliche Ebene für möglich gehalten. Zurückgeführt muß dieser Fehler werden auf die mangelnde Untersuchung der Klassenkampfsituation, insbesondere der Entwicklung der selbständigen Bewegungen in der Arbeiterklasse im letzten Jahr.
Nicht nur an einer entsprechenden Taktik und ihrer Umsetzung im Verlauf der Verhandlungen hat es der Organisation gemangelt.
Es sind auch Fehler gemacht worden, gegen die das ganze letzte Jahr und teilweise schon im Rechenschaftsbericht der 1.o.DK der Kampf geführt worden war. Diese Fehler lassen sich kurz zusammenfassen:
Die Politik der Organisation hat der Veränderung der Bedingungen für den Kampf der Arbeiter durch die Krise nicht Rechnung getragen. Wir haben oft formuliert, daß der Kampf um ihre Interessen für die Arbeiterklasse in der Krise zwar immer schwieriger, aber gleichzeitig immer notwendiger wird. Daß für das Zustandekommen eines Kampfes in einer solchen Situation ungleich mehr an Bewußtheit und Organisiertheit notwendig ist als in Zeiten einer Aufwärtsentwicklung der kapitalistischen Wirtschaft. Daß daher die ideologische Arbeit und damit die Propagandatätigkeit und Überzeugungsarbeit an Bedeutung gewinnt.

Es ist klar, daß bei diesen Anforderungen an unsere Politik sich solche Rückfälle bei der Entwicklung der Politik der Betriebskollektive wie: Vernachlässigung der Einschätzung der Lage im Betrieb als ganzes, der Kräfteverhältnisse, der Entwicklung fundierter Kampfperspektiven (wo im letzten RB, S.82, in bezug auf die Politik der Einheiten bereits Verbesserungen festgestellt werden) doppelt negativ auswirken.

In einem Satz zusammengefaßt könnte man sagen: Das Reden vom Kampf und Kampfaufrufe haben wieder Auftrieb bekommen, anstatt daß wir immer davon ausgegangen wären, wie die Kommunisten wirklich die Kampftätigkeit der Arbeiter fördern können und müssen.

Gute Grundlagen waren vorhanden

Zum Unterschied von früheren Jahren können wir sagen, daß wir gute Grundlagen für unsere Politik bei den Metallarbeiter-KVV gehabt haben:
Sowohl unser "Vorschlag" wie der von der Leitung gebilligte "Bericht..." haben sich aber keineswegs bei der Ausarbeitung der Politik der Organisation und der Einheiten durchgesetzt.
Wir konnten ausgehen von einer (wenn auch nicht ausgefeilten) Einschätzung der Pläne der Kapitalisten gegen die Arbeiterklasse (die sich nicht auf deren Reallohnabbaupläne beschränkt).
Weiters von einer Aufgabenbe-stimmung der Kommunisten, die sich am Fortschritt des Klassenkampfes orientierte und bei der nicht etwa die Höhe der Lohnabschlüsse oder die Entwicklung des Reallohns der Maßstab aller Dinge waren. Konkret haben wir festgelegt:
Neben der Lohnfrage steht die Verteidigung und der Ausbau des Arbeiterschutzes an. Für die Entwicklung des Klassenkampfes sind aber keineswegs nur die Ergebnisse der Verhandlungen entscheidend, sondern: Unter welchen Bedingungen sie zustandekommen und mit welcher politischen Entwicklung in der Arbeiterklasse sie einhergehen. Deshalb haben wir festgestellt, daß in dieser konkreten Situation die Anstrengungen im ideologischen und politischen Kampf gegen die Kapitalistenklasse vermehrt werden müssen, indem er gegen die Sozialpartnerschaftsideologie und die Politik der Klassenzusammenarbeit in den Gewerkschaften gerichtet wird, und so in den Betrieben bzw. Branchen der praktische Kampf gegen die Kapitalisten gefördert wird.

Nur wenn wir diese Ausrichtung durchführen, können wir einen Beitrag zum Kampf der Arbeiterklasse leisten. Dazu muß unsere Haltung in einigen Fragen klarer festgelegt werden.

1. Die Lohnraubabschlüsse sind eine günstige Bedingung für die Steigerung der Ausbeutung

Bei den Verhandlungen ist es den Kapitalisten gelungen, selbst die geringsten Ansätze zu einer Verbesserung des Arbeiterschutzes in den Rahmenkollektivverträgen abzuwehren. Hier haben die Sozialpartnerschaftspolitiker praktisch voll kapituliert, die Vorstöße der Kapitalisten bei den Verhandlungen für die Industrieangestellten können in ihrer Bedeutung kaum überschätzt werden. Neben weiteren Maßnahmen zur Senkung des Lebensniveaus in den Betrieben wird jetzt nach den Abschlüssen die vollkommene Ausbeutung der Arbeitskraft in den Vordergrund treten.

Gegenüber dieser Entwicklung stehen wir aus verschiedenen Gründen nicht optimal vorbereitet da:

- Unser "Vorschlag" hat schon vor Aufstellung der offiziellen Gewerkschaftsforderungen keine besondere Rolle in der Arbeit der Einheiten gespielt.
- Außer vom BK Philips/Hornyphon (Akkord) sind nach den Abschlüssen solche Fragen nicht aufgegriffen worden. (Dafür sind auch die Bedingungen nur dort bereits besser, wo unsre Forderungen schon früher mit den betrieblichen Verhältnissen in Verbindung gebracht und so verankert wurden).

- Von mehreren BK wurde die Lohnfrage (offensichtlich ohne genauere Einschätzung der Politik der Betriebsleitung) nach den Abschlüssen in den Vordergrund gestellt.
- Zum 10-Punkte-Programm der GPA gibt es von der Leitung noch keine Stellungnahme, die auf einer Einschätzung beruhen müßte, unter welchen Forderungen sich die Angestellten gegen die Methoden zu ihrer verstärkten Ausbeutung zur Wehr setzen müssen. Dementsprechend ist diese Frage in der Agitprop vollkommen untergegangen (außer Flugblatt vom 28.1.).

Sowohl in der zentralen wie in der betrieblichen Arbeit erscheint die Frage, unter welchen Bedingungen die Lohnarbeit ausgebeutet wird, unterbelichtet, seit der "Vorschlag" nicht mehr für die Aufstellung der Gewerkschaftsforderungen zur Debatte gestanden ist.
Die Forderungen des "Vorschlags" können aber (ohne daß wir uns darauf beschränken) weiterhin ein Hilfsmittel sein, um durch die Aufnahme einer guten Untersuchungs- und Propagandatätigkeit die Abwehr der Steigerung der Ausbeutung im Betrieb vorzubereiten.

2. Der Einfluß der Sozialpartnerschaftsideologie muß erschüttert werden.

Sowohl in der zentralen Agit-Prop, wie auch in der Arbeit der BK hat sich gezeigt, daß dem Kampf gegen die Sozialpartnerschaftsideologie wenig Raum gegeben wird bzw. dieser noch sehr beschränkt aufgefaßt wird.

In der Zeitung sind hier zweifellos Fortschritte gemacht worden (z.B."Benya-Formel"). In den zentralen und betrieblichen Flugblättern während bzw. nach den KVV wird hier (außer Philips/ Horny - "Lohnverzicht") nicht die Gelegenheit benützt, um gerade im Zusammenhang der konkreten Lohnpolitik der ÖGB-Führung die ihr zugrundeliegende Ideologie anzugreifen. Genausowenig die sich summierenden Angriffe der Kapitalistenklasse (auf allen Ebenen). So ist es bezeichnend, daß zwar eine SPÖ-Betriebsorganisation in der ÖMV im Zusammenhang mit den KVV zum Schluß kommt, daß mit dieser Wirtschaftsordnung etwas nicht stimmen kann, wir aber nicht!!

Ohne die Arbeiter aufzuklären über das kapitalistische System, ohne sie dagegen einzustellen,, den Gedanken an eine Alternative zu verbreiten, ohne das wird gerade heute - wo das Zurückstecken der Arbeiter für den Bestand der kapitalistischen Wirtschaft so offensichtlich notwendig ist - für die Entwicklung des praktischen Kampfes nicht alles Notwendige getan.
Dazu ist es notwendig, über dem aktuellen Lohnabbau und der aktuellen Steigerung der Ausbeutung und der Notwendigkeit des Kampfes dagegen nicht zu vergessen, daß es das Lohnsystem und die Ausbeutung überhaupt sind, die die Grundlage dafür bilden, daß immer wieder die Existenz der Arbeiterklasse in Frage gestellt ist, und gegen die sich daher der Kampf der Arbeiterklasse richten muß.

Was die Verbreitung der Lehren aus dem Metallarbeiter-Abschluß betrifft, können wir auch nicht behaupten, daß wir so deutlich, so überzeugend und so oft wie notwendig herausgearbeitet haben,

daß es an der Politik der Sozialpartnerschaft liegt, daß den Kapitalisten dieser Schlag gegen die Arbeiter ermöglicht wurde.

3. Propaganda für die Durchsetzung der Politik des Klassenkampfes in den Gewerkschaften

Diese Aufgabe ist unzureichend erfüllt worden und wird unzureichend erfüllt. Wie es überhaupt mit der Verbreitung der Lehren aus den KVV nicht gut ausschaut, spielt auch diese Seite eine untergeordnete Rolle:
Daß zum ersten Mal seit mehr als einem Jahrzehnt die Gewerkschaftsführung die KVV bei den Metallarbeitern nicht reibungslos über die Bühne gebracht hat. Das ist aber eine bedeutende und hoffnungsvolle Entwicklung gerade in einer so großen Gewerkschaft, wo auch die organisatorische Herrschaft der Klassenversöhnler sehr straff durchgesetzt wird und von daher ungünstige Bedingungen dafür vorhanden sind, daß sich der Wille der Mitglieder Ausdruck verschaffen kann.

In der zentralen Arbeit hat sich die Vernachlässigung dieser Aufgabe darin geäußert, daß nur wegen eines freien Platzes in einem zentralen Flugblatt der Kampf der Pichlinger Lehrlinge aufgenommen wurde, ein Ereignis, wo der Widerspruch innerhalb der Gewerkschaften und der Erfolg gegen die Politik der Versöhnung sehr deutlich wurde. Die Vorgänge bei den Verhandlungen für die Speditionsangestellten und für die Angestellten der Zivilingenieurbüros wären sehr gut für die Propaganda des Kampfes um die Gewerkschaft geeignet gewesen.

Wenn aber selbst in der Zeitung in bezug auf die Speditionsangestellten die schließliche Durchsetzung der Kapitulation der Gewerkschaftsführung in den Vordergrund gerückt wird (die sich in der Höhe des Abschlusses zeigt), anstatt des Gesichtspunktes "unter welchen Bedingungen und wie er hingenommen wurde", wenn in der Zeitung die Berichterstattung über die Versammlungen zur Unterstützung des klassenkämpferischen Forderungsprogrammes für die Angestellten der Ziviling-Büros ausblieb - wen wundert es da, wenn in einer Betriebszeitung im Bericht über Pichling die Haltung des Sekretärs im Vordergrund steht anstelle des offen zutage getretenen Widerspruchs zwischen Kapitulation und Unterstützung des Kampfes in der Gewerkschaft selbst?

Die ersten Ansätze zum gewerkschaftlichen Zusammenschluß gegen die Kapitalisten in der Metallarbeitergewerkschaft sind von uns nur dort, wo wir Einfluß haben, also keineswegs nach Kräften, gefördert worden, indem wir eine entsprechende Propaganda gemacht hätten.

4. Die Folgen der Abschlüsse differenziert untersuchen und verbreiten

Daß sich die Kapitalisten freie Bahn für die Steigerung der Ausbeutung geschaffen haben, ist schon gesagt worden. Daß Verbesserungen, wie z.B. beim Urlaub wieder auf die Regierungsebene geschoben worden sind durch die Rahmen-KV-Politik, ist eine weitere Sache.

Die Bedeutung der KV-Abschlüsse kann voll nur gesehen werden, wenn wir von unserer Einschätzung vor den Verhandlungen ausgehen, von den Zielen, die sich die Kapitalisten gesteckt haben. Mit den Abschlüssen bei den Handelsangestellten, Industrieangestellten und Metallarbeitern haben sie massive Lohnraubabschlüsse, nach Abzug von Lohnsteuer und Sozialversicherung weit unter der Inflationsrate durchgesetzt und damit eine günstige Ausgangsposition gegen die nächste wichtige Gruppe der Lohnabhängigen, die öffentlichen Bediensteten. Das erklärte Ziel ist die Durchsetzung der absoluten Verelendung der Lohnabhängigen Bevölkerung.

Im Rahmen dieses Ziels hat der Druck auf die Mindestbeträge besondere Bedeutung, weil er die niedrigsten Lohngruppen schwer hinabdrückt und damit gleichzeitig auch den geringsten Ansatzpunkt für eine Einheit (die ein hoher Mindestbetrag fördern könnte) unterminiert.
Die 430.-, die die Metallkapitalisten durchgesetzt haben, waren ein Signal: Die Chemie-Kapitalisten haben der Gewerkschaftsforderung von 650.- + 3% das Angebot von mindestens 430.- entgegengestellt! Die Klassenversöhnler haben bei den Mindestbeträgen nie den Gedanken der Einheit gehabt. Ihr Gedanke war, daß die niedrigen Lohngruppen nicht zu stark gedrückt werden sollen. Das haben die Kapitalisten in einer Weise aufgegriffen, daß davon nur mehr die Spaltung übrigbleibt, indem z.B. die Handelsarbeiterinnen um 1% mehr bekommen haben oder den unteren Lohngruppen in der chemischen Industrie um 0,7% mehr geboten wird (7,5 statt 6,8%).

Das Aufzeigen dieser äußerst ungünstigen Entwicklung für die Arbeiterklasse ist nur ein Beispiel, wie wir Kommunisten eine Beleuchtung der KV-Verhandlungen von allen Seiten durchführen müßten, um unseren Aufgaben gerecht zu werden. Es ist positiv, wenn z.B. vom BK Philips/horny die Frage der Lohngruppe 6 nach dem Abschluß wieder aufgegriffen wird. Es wäre in diesem Zusammenhang aber erforderlich gewesen, die Funktion der niederen Lohngruppen nicht nur bei der Unterbezahlung der Frauen, sondern beim besonders starken Hinabdrücken des Lohnniveaus der schlechtesbezahlten Teile der Arbeiterklasse herauszustreichen, dem durch die Mindestbetrags-Politik der Gewerkschaftsführung Tür und Tor geöffnet wird.

Aufgrund der Bedeutung dieser Entwicklung für die gesamte Klasse (Verschärfung der Konkurrenz) ist das aber keineswegs nur eine Frage für die Frauenbetriebe. (In diesem Zusammenhang soll nur am Rande erwähnt werden, daß im Rahmen der traditionellen "Glückauf"-Umfrage nach KVV im Jahre 1974 ca. von der Hälfte der Betriebsrats-Stellungnahmen die Durchsetzung des Mindestbetrags von 630.- (= 3,46 pro Stunde) als besonders wichtig hervorgehoben wurde).

Eine weitere Sache, die in diesem Zusammenhang mehr Raum in unserer Agitation und Propaganda verdient, ist die Gegenüberstellung der vollen Kapitulation bei den Mindestbeträgen mit den entsprechenden Beschlüssen des letzten Frauen- bzw. Jugendkongresses, auf die damals sogroßspurig von Seiten der Klassenversöhnler verwiesen wurde.

(Sowohl Kinigadner und Csonar (Jugendsektion) als auch Braun und Fast (Frauensektion) waren Mitglieder des Verhandlungskomitees).

5. Auf die Argumente der Klassenversöhnler konkret antworten

Sowohl im Bericht über die Zentralvorstandssitzung der Metallarbeiter-Gewerkschaft (Glück auf, Jänner 76) wie in der Stellungnahme Benyas (Glück auf, Februar 76) treten die Sozialdemokraten keineswegs wie Leute auf, denen nur mehr die defensive Rechtfertigung bleibt. Sie streichen harte Verhandlungsführung, Vernunft und erfolgreiche Ergebnisse heraus.
Es ist klar, daß ihnen das nach einem solchen Abschluß nicht so leicht abgekauft wird. Aber sie haben in den linientreuen SP-Betriebsräten ein gutes Instrument, um die Meinungen der Arbeiter in den Betrieben zu bearbeiten. Wir können also keineswegs davon ausghen, daß unsere Einschätzung des Abschlusses sowieso so einleuchtend ist, daß wir uns seine Beleuchtung von allen Seiten und die fundierte Argumentation unserer Einschätzung schenken könnten. Darauf und auf der Stoß-richtung gegen die "Vernunft" (=Sozialpartnerschaft) muß auch das Hauptgewicht unserer Argumentation gegen die "Erfolgsmeldungen" der Klassenversöhnler liegen. Das steht und fällt natürlich mit einer überzeugenden ideologischen Arbeit.

Trotzdem dürfen auch die aktuellen konkreten Argumente der Gewerkschaftsführung nicht übergangen werden. Das sind vor allem:

Die Abgeltung erfolgt für die zukünftige Teuerung,
die Unternehmer haben anfangs überhaupt keine Ist-Lohn-Erhöhung geboten, ohne die Gewerkschaft wäre überhapt nicht drinnen gewesen,
in dieser wirtschaftlichen Situation konnte nicht mehr durchgesetzt werden.

Bei einem Teil dieser Argumente ist es so, daß sie - v.a. von den Betriebsräten vorgebracht - alles auf die Härte der Unternehmer schieben und damit von der Kapitulation der Gewerkschaftsführung ablenken wollen. Sie stützen sich aber auf reale Tatsachen (z.B. ohne Gewerkschaft ist heute noch weniger zu erreichen) und müssen dementsprechend behandelt werden.

Das "neue" Argument der Gewerkschaftsführung von der "Abgeltung für die Zukunft" ist eine vollkommen unbegründete Erfindung und muß als solche behandelt werden. Es ist Ende des Jahres zum 1. mal aufgetaucht und steht in Widerspruch zu vielen früheren Äußerungen auch der Gewerkschaftsführung. Es würde bedeuten, daß die Arbeiter bei jeder Verhandlung einen Riesenvorschuß erhalten, an dem dann schön langsam von den Preiserhöhungen gezehrt wird.
Einige Zitate:
Benya in der Solidarität vom September 73: Nach Beschluß des Bundesvorstandes sei es "Ziel dieser Lohnverhandlungen, sowohl eine volle Abgeltung für die Preissteigerungen als auch eine der Produktivitätssteigerung entsprechende Erhöhung der Realeinkommen zu erreichen."
Benay in Glück auf, Okt.73: "Die Aufgabe unserer Gewerkschaft war es, dafür zu sorgen, daß trotz der Steigerung der Lebenshaltungskosten....eine echte Reallohnerhöhung erreicht wird."

(also nicht: eine reallohnerhöhung, mit der man auch die künftige Steigerung der Lebenshaltungskosten verkraften kann)

W.Eitelberger (verantwortl.Redakteuer für "Glück auf") schrieb im "Glück auf" Okt.74:
"Zur bedründung unserer Forderungen führten wir an: Das reale Wirtschaftswachstum sowie die Teuerung sind für unsere Forderungen ausschlaggebend." (offensichtlich war bei der Teuerung genausowenig die zukünftige gemeint wie beim Wirtschaftswachstum, das es dann ja nicht gab).

6. In der betrieblichen Arbeit muß der Schematismus beseitigt werden

Unmittelbar nach dem Abschluß sind von mehreren BK Flugblätter mit der Orientierung auf "Innerbetriebliche Lohnerhöhung ist notwendig" herausgegeben worden, was tw. bereits+zum Vorschlag +bis bestimmter organisatorischer Maßnahmen entwickelt wird.

Der Ausgangspunkt war - überspitzt formuliert: Eine Innerbetriebliche ist notwendig, weil wir uns den Fehlbetrag Teuerung minus Ist-Lohnerhöhung holen müssen.

Nicht war der Ausgangspunkt für die Ausarbeitung der Politik der Einheiten folgenden Überlegung: Bei den KVV ist dem Reallohnabbau durch die Gewerkschaftsführung zugestimmt worden, sie hat auch auf ein Vorschieben der vertragl-ichen Schranken gegen die Steigerung der Ausbeutung verzichtet. Damit sind die Arbeiter zunächst wieder auf die einzelnen Betriebe zurückgeworfen, was in der heutigen Situation im allgemeinen eine ungünstige Bedingung ist. Es bleibt aber nichts anderes übrig, als im einzelnen Betrieb die - wenn auch nur beschränkt mögliche - Abwehr des Reallohnabbaus und der Steigerung der Ausbeutung anzugehen. Das erfordert Kampf. Ob ein Kampf zustandegebracht werden kann, dafür ist von gewichtiger Bedeutung u.a. die konkrete Situation im Betrieb sowie ihre Berücksichtigung und Ausnützung. Weiters auf der Seite der Arbeiter, wie sehr die Bewußtheit und Entschlossenheit des größten Teils der Kollegen vorangeht.

Es ist bemerkenswert, daß sowohl das BK Philips/Horny wie das BK Elin nicht behaupten, daß jetzt der Kampf um eine Innerbetriebliche notwendig ist. Das wäre nicht möglich gewesen, ohne nachzuweisen, daß wirklich eine Lohnerhöhung jetzt das nächste Kampfziel ist und nicht etwa die Einführung z.B. einer 3.Schicht, o.ä. Weiters wäre das nicht möglich gewesen ohne nachzuweisen, wieso jetzt auf einmal die Bedingungen für einen Kampf herangereift sind, wodurch die Einheit der Kollegen hergestellt ist, was für die Möglichkeit eines Erfolges spricht, ob sich etwa im BR Widersprüche zugespitzt haben, usw.

Solche Behauptungen hat man wohlweislich nicht aufzustellen gewagt und deshalb nur von der Notwendigkeit einer Erhöhung, nicht aber von der Notwendigkeit und Möglichkeit eines erfolgreichen Kampfes um eine Innerbetriebliche zum jetzigen Zeitpunkt.

Gefährlich wird die Sache dort, wo eine außerordentliche Betriebsversammlung gefordert wird ohne eingehende Prüfung der Bedingungen (Waagner-Biro). Was wäre gewesen, wenn die Sozialdemo-

kraten eine solche Versammlung einberufen hätten und dort aufgrund der ungenügenden Vorbereitung und der ungenügenden Verbreitung der 200.-Forderung sich mit der Einleitung von Verhandlungen über eine Innerbetriebliche (ohne genauere Festlegungen) beauftragen hätten lassen. Oder gar eine Resolution zur Anerkennung des Ergebnisses der KVV durchgedrückt hätten!

Man kann keineswegs sagen, daß in der Arbeit der BK überhaupt keine Überlegungen über die Kampfbedingungen angestellt werden, o.ä. Man kann aber sagen, daß die ausgegebene Orientierung kein Zeichen dafür ist, daß die Kommunisten ihre Arbeit daran ausrichten, daß sie den besten Beitrag dazu liefern, daß in den Betrieben eine Abwehrfront errichtet wird und diese verbreitert und vertieft wird, sodaß zu einem günstigen Zeitpunkt praktische Kämpfe gegen die Kapitalisten eingeleitet werden können.
Denn dazu sind vorschnell und unüberlegt ausgegebene Losungen kein Beitrag.

Diesen Fehlern liegt dasselbe zugrunde wie den Fehlern in der zentralen Agitprop während der Verhandlungen. Denn es ist nicht so, daß eine gute Propaganda zentral gemacht werden muß, während die BK immer wieder die Notwendigkeit des praktischen Kampfes betonen müssen. Umsetzung der Politik der Organisation beim Betrieb heißt in diesem Zusammenhang nichts anderes, als:
Sowohl z.B. die Beleuchtung der Folgen des Abschlusses und die Propaganda der Notwendigkeit der Durchsetzung einer Klassenkämpferischen Politik in den Gewerkschaften, wie die Einschätzung der Kampfbedingungen müssen unter besonderer Berücksichtigung der konkreten Verhältnisse im Betrieb (wozu auch die Meinungen der Arbeiter gehören) erfolgen.

Zu diesen konkreten Verhältnissen, die in nächster Zeit eine Rolle spielen werden, gehören die traditionellen Termine der innerbetrieblichen Lohnerhöhung. Diese haben im letzten Jahr in den meisten Großbetrieben nach anfänglichen Gerüchten um ihre Streichung dann doch - wenn auch in geringerer Höhe - stattgefunden.
Die Entwicklung bei Waagner-Biro und bei Wertheim, wo diese am Jahresanfang erwähnt (WB) bzw. im Anschluß an die KVV eingeleitet wurden (Wertheim), heuer bis jetzt aber nichts war, lassen auf eine Geheimvereinbarung bei den KVV schließen. Andererseits herrscht aber heuer sicher gerade von seiten der Arbeiter eine gewisse Erwartung, insbesondere in jenen Betrieben, wo die Beschäftigung floriert.
Wir dürfen weder so einfach auf die Tradition pochen, noch diese Erhöhung von vornherein abschreiben. Im zweiten Fall würde man es den Betriebsleitungen und den klassenversöhnlerischen BR ermöglichen, sich ohne Bewegung von unten mit einer Augenauswischerei aus der Affäre zu ziehen.

A.R.